

Positionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **82 (2002)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Felix Würsten

ENTTÄUSCHUNG NACH DEM WELTGIPFEL IN JOHANNESBURG

Nachhaltiges Handeln ist nicht in Sicht

«*Ein Symbol der Hoffnung*» nannte der amerikanische Aussenminister *Colin Powell* den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Diese Einschätzung teilen vermutlich nicht viele. Nach dem Ende der gigantischen Veranstaltung, an der rund 40 000 Delegierte teilnahmen, sind die enttäuschten Stimmen nicht zu überhören. Von offizieller Seite wird zwar beteuert, die Konferenz habe wichtige Signale gesetzt. Doch der in Südafrika verabschiedete Aktionsplan dürfte zur Lösung der anstehenden Probleme wenig beitragen. Die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sanitären Anlagen soll halbiert und das Artensterben bis 2010 deutlich reduziert werden. Die Fischbestände sollen sich in den nächsten 15 Jahren wieder erholen, und die Zerstörung der natürlichen Ressourcen soll «so bald als möglich» gestoppt werden. Man muss schon sehr viel Goodwill aufbringen, um in diesen Resultaten einen substanziellen Fortschritt zu sehen.

Es ist nicht zu übersehen: Mit der Umsetzung der vor zehn Jahren in Rio de Janeiro formulierten Nachhaltigkeitsziele hapert es gewaltig. Als wichtigste bremsende Kraft sind dabei immer wieder die USA auszumachen. Es mutet fast rührend an, wenn Botschafter *Beat Nobs*, Mitglied der Schweizer Delegationsleitung, in einem Fernsehinterview lobend vermerkt, die USA hätten die Verhandlungen in Johannesburg nicht gestört. Darf man von der führenden Industrienation wirklich nicht mehr erwarten, als dass sie den Rest der Welt nicht stört? Was die Regierung in Washington in der Nachhaltigkeitsdebatte bietet, ist nicht gerade überzeugend, und es ist leider zu erwarten, dass sich daran in absehbarer Zeit nicht viel ändern wird.

Problematisch ist die amerikanische Position aus mehreren Gründen. *Erstens* trägt sie wenig dazu bei, den Ressourcenverschleiss im eigenen Land einzudämmen. *Zweitens* hintertreiben die Amerikaner praktisch jeden Versuch, griffige internationale Vereinbarungen zu treffen. *Drittens* setzt die Haltung der Bush-Regierung falsche Signale. Es ist für die Entwicklungsländer nicht einsehbar, warum sie ihren Ressourcenverbrauch einschränken sollen, wenn die Amerikaner nicht bereit sind, Abstriche zu machen.

Und *viertens* führt die Haltung der US-Regierung zu einer Verzerrung der Umweltdebatte. So haben Russland und China in Johannesburg angekündigt, sie würden das Kyoto-Protokoll demnächst ratifizieren. Das wurde zu Recht positiv vermerkt. Doch ob dem mühsamen Gerangel um das Protokoll geht leicht vergessen, dass damit erst ein bescheidener Anfang gemacht und das Klimaproblem noch lange nicht gelöst ist.

Dabei wären die USA durchaus in der Lage, in der Nachhaltigkeitsdebatte eine führende Rolle zu spielen. In der Umweltforschung gehören amerikanische Forscher zur ersten Garde; US-Firmen sind bei der Entwicklung von energiesparsamen Technologien und neuen Energieträgern führend; und das Land verfügt über genügend ökonomisches Fachwissen, um eine nachhaltige Politik mit marktwirtschaftlichen Prinzipien in Einklang zu bringen. Zudem

*Die USA wären durchaus in der Lage,
in der Nachhaltigkeitsdebatte
eine führende Rolle zu spielen.*

stellt sich immer drängender die Frage, wie lange sich die Amerikaner ihren verschwenderischen Lebensstil überhaupt noch leisten können. Dennoch setzt die Regierung nicht auf umweltfreundliche Technologien und die Förderung von nachhaltiger Entwicklung, sondern zieht es vor, beschränkt verfügbare Rohstoffe aus politisch unzuverlässigen Staaten zu importieren.

Letztlich sind allerdings nicht die Bekenntnisse an grossen Konferenzen entscheidend, sondern das konkrete Handeln im Alltag. In diesem Bereich müssen sich nicht nur die Amerikaner Vorwürfe gefallen lassen. Die Borniertheit der amerikanischen Regierung macht es den Europäern sehr leicht, sich an grossen Konferenzen als Umweltfreunde zu profilieren. Auch wenn auf dem alten Kontinent diesbezüglich tatsächlich mehr unternommen wird als in den USA, be-

steht für die Europäer kaum Anlass, sich gross aufzuspielen. Von einer nachhaltigen Lebensweise sind auch sie weit entfernt, und das Interesse am Thema hält sich in Grenzen. Von einem grundsätzlichen Umdenken kann erst recht keine Rede sein. Nur wenigen scheint klar zu sein, dass es zum Beispiel nicht reicht, die Treibhausgas-Emissionen um sieben oder acht Prozent unter den Stand von 1990 zu senken, sondern dass es eine Reduktion von siebzig, achtzig oder neunzig Prozent braucht. Das lässt sich mit technischen Kniffen alleine nicht mehr erreichen, dazu braucht es grundsätzlich neue Ansätze.

Es müssen daher nicht Autos gebaut werden, die ein paar Deziliter Benzin weniger brauchen, sondern es müssen neue Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Davon ist jedoch noch wenig zu sehen. Auch in einem Land wie der Schweiz, das über ein gut ausgebauten öffentliches Verkehrsnetz verfügt, fehlt die Einsicht, dass zwischen Raumplanung und Verkehrspolitik ein direkter Zusammenhang besteht. Das Strassennetz wird immer weiter ausgebaut, überall im Land entstehen neue Überbauungen, die Agglomerationen wuchern und es wird gebaut, als gäbe es Raum in Hülle und Fülle. Dass neue Strassen die Zersiedlung weiter beschleunigen und dass dadurch wiederum mehr Verkehr entsteht, wird geflissentlich verdrängt.

Doch was braucht es, damit «nachhaltige Entwicklung» nicht zur leeren Formel wird? Als erstes wohl die Einsicht, dass Wachstum als alleinige Maxime nicht ausreicht. Doch das ist im Alltag nicht so einfach umzusetzen, denn der Wachstumsgedanke fusst auf einer langen Tradition. Seit Jahrhunderten versuchen die Menschen, mehr Lebensmittel auf ihren Feldern zu erzeugen, schneller von einem Ort zum anderen zu gelangen, komfortabler zu wohnen und länger zu leben. Die Frage ist, bis zu welchem Punkt eine Steigerung sinnvoll und vor allem auch tragbar ist. In vielen Bereichen hat der «Fortschritt» inzwischen groteske Züge angenommen. Reisen für alle, das war bis vor wenigen Jahrzehnten ein grosser Traum, und es ist sehr erfreulich, dass dieser Traum heute Wirklichkeit geworden ist. Doch ist die Grenze des Vernünftigen nicht längst überschritten, wenn Tausende von Sonnenhungrigen über Weihnachten für einen lächerlichen Preis kurz auf die Bahamas oder die Malediven fliegen und dort in Touristengetos residieren, die ebenso gut in Florida oder auf

Mallorca stehen könnten? Und was ist, wenn der Verkäufer in Shanghai und der Taxifahrer in Bombay mit ihren Familien auch einmal kurz verreisen möchten?

Einsicht alleine reicht nicht aus. Die Fakten sind seit langem bekannt, die Lösungen auch – und dennoch geht es mit der Umsetzung nicht voran. Dies hängt mit unseren gesellschaftlichen Strukturen zu-

*Seit Jahrhunderten versuchen die Menschen,
mehr Lebensmittel auf ihren
Feldern zu erzeugen, schneller von einem
Ort zum anderen zu gelangen,
komfortabler zu wohnen und länger zu leben.*

sammen, in denen wir häufig nicht mehr direkt mit den Konsequenzen unseres Handelns konfrontiert werden. Ein Manager, der eine Firma in fernen Ländern führt, muss sich zuallererst in der Konzernzentrale behaupten. Dies gelingt ihm nur, wenn er die entsprechenden Zahlen vorlegen kann. Die gestresste Mutter, die kurz vor Ladenschluss im Supermarkt steht, denkt in erster Linie an ihre hungrige Familie und nicht an die bedrohten Fischbestände im Nordatlantik. Und der Bankangestellte, der am Morgen mit dem Auto zur Arbeit fährt, braucht schon eine recht grosse Einsichtsfähigkeit um zu erkennen, dass er mit seinem Tun die Chancen der zukünftigen Generationen schmälert. Nachhaltiges Handeln lässt sich unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen nur mit besonderen Anstrengungen erreichen und ist mit dem menschlichen Verhalten nicht so ohne weiteres in Einklang zu bringen. Und solange sich daran nichts Grundsätzliches ändert, wird es wohl noch manche enttäuschende Umweltkonferenz geben. ♦

FELIX WÜRSTEN, geboren 1964, studierte an der Universität Bern Mineralogie, Geologie und Physik. Nach der Promotion arbeitete er während zwei Jahren in einem geologischen Beratungsbüro. 1997 wechselte er als Redaktor zur «Neuen Zürcher Zeitung» und betreute dort Themen aus den Bereichen Technik, Erd- und Umweltwissenschaften. Seit Anfang September ist er als freier Wissenschaftsjournalist tätig.

WIE AKTIENMÄRKTE WIRKLICH SIND

Die fast unaufhaltsame Börsenhausse seit 1981 verleitete zum Extrapolieren der Problemlosigkeit von Aktienanlagen im Sinne einer vermeintlichen Sicherheit. Die Annahme angeblicher Problemlosigkeit fand allenthalben Eingang in die Anlagestrategien. Darin, und nicht in Betrachtungen über das Bersten irgendwelcher «Bubbles», liegt die intellektuelle wie auch praktische Herausforderung.

Die in den vergangenen Jahren nur selten ernsthaft unterbrochene Börsenhausse machte alle, Anleger, Finanzchefs, Portfoliomanager, Kreditgeber, zu regelrechten Schönwetterpiloten.

Auf der intellektuellen Seite beschäftigte man sich schon seit langem mit der Frage, weshalb denn in aller Welt Aktien mehr rentieren sollten, wenn es sich um eine derart unproblematische Art von Anlagen handle. Unproblematisch eben in dem Sinn, dass sich ja die Durchschnittsrendite nach Rückschlägen bald wieder einmal einstellen wird. Das *Equity Risk Puzzle* war gegen Ende der Neunzigerjahre eines der am heissesten diskutierten Themen in Ökonomenkreisen. Wirklichen Fortschritt in der Diskussion brachten eigentlich erst die Arbeiten von *Mordechai Kurz* (Stanford), *Andrea Beltratti* und *Maurizio Motolese*, die die Theorie der «rationalen Erwartungsbildung» durch die Märkte weiterentwickelten und um spieltheoretische Aspekte ergänzten. Sie errichteten eine Theorie der «*Rational Beliefs*», d.h. der rationalen Gläubigkeiten, und können mit dieser Theorie die Existenz von Übertreibungen (*Bubbles*) und Baissephasen ohne weiteres erklären.

«Ohne weiteres» in der Hinsicht, dass keine anderen als ökonomischen Erklärungen zu Hilfe genommen werden müssen. Die neue Theorie hat nichts gemeinsam mit den auf psychologischen Erkenntnissen beruhenden *Behaviour*-Ansätzen. Gemäss Kurz/Beltratti/Motolese entstehen Über- und Untertreibungen an den Märkten deshalb, weil es sich für die Marktteilnehmer angesichts der Komplexität der Materie kaum je lohnt, eine andere Meinung zu haben als die der Mehrheit. Die letzten Jahre haben zwar enorme Fortschritte gebracht in der Zurverfügungstellung von Information – Fortschritte in der Interpretation der mehrfach angewachsenen Informationsmenge haben wir jedoch nicht gemacht. Die Folge davon ist, dass trotz weltweit gesamthaft geringer gewordenen konjunkturellen Schwankungen die Risiken an den Finanzmärkten gestiegen sind.

Die Theorie geht noch einen Schritt weiter: Gerade weil Unter- und Übertreibungen zum Wesen funktionierender Märkte gehören, gibt es letztlich dann auch, im Durchschnitt und über lange, lange Jahre gesehen, *Überrenditen* bei Aktienanlagen. Darum und nur darum. Ohne das Risiko also, dass man aus einer nicht endenwollenden Hausseperiode in eine von niemandem erwartete und viel länger als je gedachte Baisse sinkt, wären die Überrenditen von Aktien gegenüber weniger risikobehafteten Anlagen nicht berechtigt.

Es kann absolut schlimme, langanhaltende Phasen mit Unterrenditen geben.

Nicht ein *Crash* von 30 Prozent ist das Problem, sondern die nunmehr lange, sehr lange Periode negativer Kursentwicklungen. Wer jetzt noch nicht weiss, was Aktienrisiken sind, der soll, beispielsweise, einen Rentner fragen, der im Jahr 2000 65-jährig wurde und seinen Rentenanspruch aus der Pensionskasse vollumfänglich in Aktien investiert hatte. Seine Kapitalbasis ist auf die Hälfte gesunken; er wird kaum Chancen haben, zu seinen Lebzeiten daraus wieder aufzutauchen, wenn er von diesem Geld auch noch Teile des Lebensunterhalts bestreiten will. Individuell und spezifisch, d.h. auf jeden einzelnen Anleger, ob privat oder institutionell, bezogen, können Aktienrisiken durch und durch verheerend sein. Der Rentner kann auf sorgfältig erhobene Langzeitstudien pfeifen – sein voraussichtlicher Lebenshorizont reicht nicht weit genug, um von den mit Aktien langfristig erreichbaren Durchschnittsrenditen noch profitieren zu können.

Man kann die Implikationen dieser Erkenntnisse für die Formulierung von Anlagestrategien nicht ernst genug nehmen. Wer auch nur im entferntesten durch einmalige Extremverluste oder durch langan-

haltende Baisseperioden in Schwierigkeiten geraten könnte, darf das Anlageinstrument Aktie im Grunde genommen nicht in die Hände nehmen. «In Schwierigkeiten geraten»: Das kann man durch einen Mangel an Kapital und/oder einen Mangel an Zeit.

Allwettertaugliche Anlagestrategien?

Aktienanlagen dürfen durch ihr risikobehaftetes Verhalten weder Geldnöte noch Zeitnot verursachen. Das tönt harmloser, als es ist. Über den Rentner haben wir uns bereits geäußert. Der Finanzchef der mit einem Finanzvermögen gesegneten Industriefirma muss sich aber auch ganz genau überlegen, was «in Schwierigkeiten geraten» heissen könnte. Wenn durch einen negativen Finanzertrag beispielsweise die Investitionstätigkeit gefährdet werden könnte, so würde es sich unseres Erachtens eindeutig um solche Schwierigkeiten handeln. Es gibt aber einen für die Formulierung der Anlagestrategie viel heikleren Bereich. Wir vermuten nämlich, dass im Grunde genommen der Anlagehorizont vieler institutioneller Vermögen bedeutend weniger weit reicht, als dies immer wieder deklariert wird, weil die Prädominanz von Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschlüssen deutlich negative Finanzergebnisse als inakzeptabel erscheinen lässt. Oder anders gesagt: Wegen der immer wieder aufs neue drohenden Pflicht, positive Zahlen vorzulegen, ergibt sich für das Finanzvermögen von Unternehmungen selbst dann eine implizite «Verpflichtung», wenn die Eigenmittelausstattung durchaus genügend ist. Finanzvermögen von Unternehmungen sind deshalb bei weitem weniger risikofähig, als dies in den Anlagestrategien jeweils heroisch formuliert wurde – damals, als man noch von der Extrapolation der Problemlosigkeit, von der vermeintlichen Sicherheit der Durchschnittsrenditen ausging.

Was für das Finanzvermögen operativ tätiger Unternehmungen gilt, ist vermutlich bis zu einem gewissen Grade auch richtig für institutionelle Anleger wie Pensionskassen und Versicherungen. Die in kurzen Perioden zu erbringende Berichterstattung beschränkt die Risikofähigkeit in erheblichem Ausmass, vermutlich selbst dann, wenn sehr komfortable Deckungsverhältnisse vorhanden sind. «In Schwierigkeiten geraten» kann ja eine durchaus handfeste Komponente haben: Pensionskassenverwalter oder auch Finanzchefs grosser institutioneller Anleger unterliegen, wie wir alle, bestimmten Anreizen. Die Angst vor nachhaltig negativen Zahlen kann eine durchaus berechtigte sein, selbst dann, wenn von der objektiven Seite nichts dafür sprechen

würde, dass man echt «in Schwierigkeiten geraten» könnte.

Damit ist die subjektive Seite der Thematik angesprochen. Sie betrifft vor allem auch den privaten Investor. Die Erfahrung zeigt, dass selbst dann, wenn bei weitem genügend Mittel vorhanden wären, um sämtliche auch nur entfernt denkbaren Verpflichtungen abzudecken, wenn die Eigenmittelausstattung in jeglicher Hinsicht komfortabel ist, die psychologische Konstellation dennoch gegen die mit Aktien verbundenen Risiken spricht. Ganz einfach deshalb, weil nur wenige Menschen wirklich in der Lage sind, schlimme Rückschläge und anhaltende Baisseperioden zu akzeptieren. Sie geraten, nicht objektiv, sondern wegen ihren subjektiven Vorstellungen und Erwartungen, «in Schwierigkeiten». Die Formulierung von Anlagestrategien, welche über einen genügenden Zeitraum dann auch Bestand haben können, ist insofern schwierig, als die subjektiven Vorstellungen und Erwartungen Schwankungen unterliegen. Die An-

*Aktienanlagen dürfen durch ihr
risikobehaftetes Verhalten weder Geldnöte
noch Zeitnot verursachen.*

nahme extrapolierter Problemlosigkeit von Aktienanlagen geht ebenso wenig an den subjektiven Empfindungen vorbei wie übertriebener Pessimismus. Die Gefahr prozyklischer Strategieveränderungen ist deshalb unbestreitbar gross.

Allwettertaugliche Anlagestrategien müssen auf die genannten objektiven und subjektiven «Verpflichtungen» Bezug nehmen. Die Extrapolation angeblicher Problemlosigkeit von Aktienanlagen hat zu allzu sorglosen Strategien verführt. In welchem von den Verwaltungsräten feierlich verabschiedeten Strategiepapier steht denn nicht, man verfolge eine Anlagepolitik, welche «auf Sicherheit und Rendite» ausgerichtet sei? So ein Unsinn! Geradeso gut könnte man die Quadratur des Zirkels proklamieren. Wer Rendite will, kann keine Sicherheit verlangen. Und umgekehrt. ♦

KONRAD HUMMLER, geboren 1953, studierte an der Universität Zürich Jurisprudenz und in Rochester (N.Y.) Ökonomie. Er ist seit 1991 Teilhaber von Wegelin & Co., Privatbankiers, St. Gallen, Zürich, Bern und Lugano. Autor verschiedener politökonomischer Studien und der Wegelin-Anlagekommentare. Der hier abgedruckte Text ist ein Auszug aus dem Anlagekommentar Nr. 217 vom 19. August 2002.

Ulrich Pfister

SO EIN THEATER!

Droht Zürich wieder ein Provinznest zu werden, nachdem es sich doch erst gerade den Ruf einer wirtschaftlich dynamischen, kulturell und gesellschaftlich lebensfreudigen Stadt erkämpft hat? Die vorzeitige Kündigung des Vertrags mit seinem «verlorenen Sohn» *Christoph Marthaler* als Direktor des Schauspielhauses auf Ende der kommenden Spielzeit hat ein von Hohn und Empörung getränktes internationales Echo ausgelöst, das in der einheimischen Kultur- und Medienszene nach dem bekannten Muster des vorausseilenden Pessimismus alsbald zu solchen Horrorszenarien ausgeschlachtet wurde. Und gleich begann man nach Kompromissen zu suchen, um den befürchteten Reputationsschaden zu begrenzen. Was daraus wird, lässt sich wohl erst nach Erscheinen dieses Heftes absehen. Dass in den vergangenen Jahren viel – zu viel – Geschirr zer schlagen wurde, lässt sich jedoch nicht ungeschehen machen. Der Ausbau des Schiffbaus zu einer zweiten Spielstätte hatte zu Kostenüberschreitungen geführt, die letztlich die politischen Behörden zu verantworten haben, auch wenn sie – wie seinerzeit bei der Vorbereitung der Expo – nur indirekt, aber durchaus massgebend in den zuständigen Gremien vertreten waren. Nach dem mit viel Vorschusslorbeeren und ersten spektakulären Erfolgen gefeierten Start in die neue Ära ging die Rechnung schon bald nicht mehr auf. Zusätzliche Subventionen wurden nötig und trotz offensichtlicher Mängel und Disziplinlosigkeiten in der Betriebsführung noch im Juni vom Zür-

*Das Gerede vom armen Theater
in der reichen Stadt
ist hochnäsig und anmassend.*

cher Souverän auch knapp gutgeheissen. Ein dramatischer Rückgang der Besucherzahlen verheisst nun neue Defizite und droht das Theater allenfalls gar in den Konkurs zu treiben.

Sieht man einmal vom lärmigen Proteststurm in der Kulturszene und den vielen unbedachten und unverschämten Worten der ersten Tage ab, so sind es vor allem zwei Aspekte, die einer grundsätzlicheren Betrachtung bedürfen. Der eine betrifft die seltsame

und irritierende Diskrepanz der Wahrnehmung und Beurteilung kultureller Leistungen. Was von professionellen Theaterschaffenden und Kritikern zur *Champions League* emporgehjubelt wurde – ein klassisches Eigentor, wenn man den Vergleich mit dem Fussball-Business einmal durchdenkt –, wurde von den Liebhabern des Theaters mit Liebesentzug bestraft. Auch den Getreuen, die seit Jahren regelmässig das Schauspielhaus besuchen und ihr Abonnement wieder erneuert haben, ist der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht verborgen geblieben. Sie haben schon vorher gelungene und weniger gelungene, auch experimentelle Aufführungen mit renommierten und aufstrebenden Regisseuren und Schauspielern erlebt, und viel anders ist es ihnen in den letzten zwei Jahren nicht ergangen. Was sie vergrämt, ist ständig belehrt zu werden, früher sei alles schlecht und verkalkt gewesen und heute eben genial zeitgenössisch. Und als hoffnungslos auf simplen Unterhaltungskonsum fixierte Spiessbürger beschimpft zu werden, als ob die weitläufige Zürcher Theaterszene nicht das Gegenteil bewiese.

Ein zweites: In einem demokratischen Gemeinwesen – was will man denn anderes – wird die Kulturproduktion, die sich an anspruchsvollen Minderheiten orientiert, hauptsächlich von der öffentlichen Hand getragen, als *service public* gewissermassen, der nicht zuletzt der Attraktivität von wirtschaftlichen Metropolen dient. Die kulturell Interessierten, die sich das Privileg künstlerischer Darbietungen leisten wollen, werden von den Steuerzahlern grosszügig unterstützt, mit rund 100 Franken pro Kopf der städtischen Bevölkerung oder rund 300 Franken pro Besuch. Das Gerede vom armen Theater in der reichen Stadt ist hochnäsig und anmassend. Und mit altbackenen, antikapitalistischen Sprüchen stösst man letztlich weniger die an Provokationen inzwischen gewöhnten beharrlichen Theaterenthusiasten vor den Kopf als die kulturpolitisch Verantwortlichen, die wie in allen anderen politischen Bereichen für einen sorgfältigen Umgang mit öffentlichen Mitteln gerade stehen müssen. Die Politik hat lange Nachsicht geübt. Es war das Publikum, das rebellierte. Wenn es jetzt wenigstens gelänge, die Anhänger des neuen Zeitgeists nicht nur für Protestaktionen auf der Strasse, sondern auch für das «Theater des Jahres» zu mobilisieren, wäre es um die Glaubwürdigkeit des Aufbruchs zu neuen Ufern besser bestellt. ♦